



Große Anfrage

der Fraktion der CDU

Schleswig-Holstein und Europa

Schleswig-Holstein und Europa

Durch die anstehende EU-Erweiterung wird sich die Europäische Union grundlegend verändern. Schleswig-Holstein wird durch diese Entwicklung gezwungen, seine Position in Europa, im Rahmen der Ostseekooperation und in der Zusammenarbeit der deutsch-dänischen Grenzregion zu überdenken.

Schleswig-Holstein ist auf Grund seiner Geschichte und seiner geographischen Lage von den aktuellen europapolitischen Entwicklungen in besonderem Maße betroffen. Durch die Notwendigkeit einer verstärkten regionalen Förderung der Beitrittsstaaten sind negative finanzielle Auswirkungen für Schleswig-Holstein zu befürchten.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, den Landtag durch die Beantwortung der nachfolgenden Fragen über die Ausrichtung ihrer Politik gegenüber der Europäischen Union, den Beitrittskandidaten Polen, Estland, Lettland und Litauen sowie der deutsch-dänischen Grenzregion umfassend zu unterrichten.

I. Politische Auswirkungen der EU-Erweiterung

1. Wie beurteilt die Landesregierung die politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen durch die Erweiterung der EU?
2. Wie weit sind die Beitrittskandidaten Polen, Estland, Lettland und Litauen in den Vorbereitungen auf den Beitritt vorangeschritten? Wer ist dabei am weitesten fortgeschritten, wer hat noch Nachholbedarf?
3. Was unternimmt die Landesregierung, um diese Beitrittskandidaten bei ihren Bemühungen zu unterstützen? Ist die Landesregierung insbesondere im Rahmen von PHARE-Twinning-Programmen an Trainings- und Beratungsmaßnahmen beteiligt?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um von der Bundesregierung in ihren Maßnahmen unterstützt zu werden,
 - a) Polen, Estland, Lettland und Litauen bei ihren Bemühungen zu fördern?
 - b) die Zusammenarbeit der deutsch-dänischen Grenzregion im Hinblick auf die EU-Erweiterung auszubauen?
 - c) Schleswig-Holstein im Hinblick auf die EU-Erweiterung zu positionieren?
5. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Russland im allgemeinen und die Region Kaliningrad im besonderen?
6. Welche Perspektiven sieht die Landesregierung langfristig für die Zusammenarbeit mit Russland im allgemeinen und der Region Kaliningrad im besonderen?
7. Wie beurteilt die Landesregierung den Stand der inneren Reformschritte der EU im Rahmen des sogenannten „Post-Nizza-Prozesses“?
Welche befürwortet sie, welche lehnt sie ab?
8. In welcher Form und mit welchen Ergebnissen wirkt die Landesregierung auf die Umsetzung der inneren Reformschritte der EU im Rahmen des sogenannten „Post-Nizza-Prozesses“ in Deutschland ein?
9. Was unternimmt die Landesregierung, um die inneren Reformschritte der EU im Rahmen des sogenannten „Post-Nizza-Prozesses“ im eigenen Aufgabenbereich umzusetzen?

10. In welcher Form und mit welchen Ergebnissen bringt sich Schleswig-Holstein in den Ausschuss der Regionen ein?
11. Wie beurteilt die Landesregierung die weitere Rolle Schleswig-Holsteins im Rahmen der Ostseekooperation vor dem Hintergrund, dass Schleswig-Holstein
 - a) durch die EU-Erweiterung geographisch aus einer zentralen Position in einen Randbereich rückt?
 - b) durch die verstärkten Anstrengungen Mecklenburg-Vorpommerns als Motor der Ostseekooperation abgelöst wurde?
12. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung bzw. beabsichtigt sie zu ergreifen, um das Hanse-Office in Brüssel zu stärken?
13. Wie beurteilt die Landesregierung die Haltung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung zur EU-Erweiterung?
14. Was unternimmt die Landesregierung, um die schleswig-holsteinische Bevölkerung auf die EU-Erweiterung vorzubereiten?

II. Finanzielle Auswirkungen der EU-Erweiterung

1. EU-Förderprogramme 1993-2000
 - a) Welche EU-Förderprogramme hat die Landesregierung im Zeitraum von 1993-2000 in Anspruch genommen?
 - b) Für welche konkreten Maßnahmen wurden diese Mittel verwendet?
 - c) Welche Mittel musste die Landesregierung im Rahmen der Ko-Finanzierung dafür aufwenden?
 - d) Welche EU-Fördermittel konnte die Landesregierung wegen fehlender Ko-Finanzierung nicht in Anspruch nehmen?
2. EU-Förderprogramme 2001-2006
 - a) Welche EU-Förderprogramme wird die Landesregierung im Zeitraum von 2001-2006 in Anspruch nehmen?
 - b) Für welche konkreten Maßnahmen sollen diese Mittel verwendet werden?
 - c) Welche Mittel muss die Landesregierung im Rahmen der Ko-Finanzierung dafür bereit stellen?
 - d) Sieht die Landesregierung diese Ko-Finanzierung durch die aktuelle Konjunkturlage und etwaige Steuerausfälle als gefährdet an?
 - e) Welche Maßnahmen wird die Landesregierung zur Sicherung der erforderlichen Ko-Finanzierung ergreifen?
 - f) Welche EU-Förderprogramme kann die Landesregierung wegen fehlender Ko-Finanzierung nicht in Anspruch nehmen?
3. Situation nach 2006
 - a) Sieht die Landesregierung durch die EU-Erweiterung und die damit verbundene Notwendigkeit zur regionalen Förderung der Beitrittsstaaten nach 2006 die Förderung schleswig-holsteinischer Maßnahmen als gefährdet an
 - aa) im Rahmen der Strukturhilfe,
 - bb) im Rahmen der Agrarhilfe,
 - cc) im Rahmen der Ostseekooperation,
 - dd) im Rahmen der deutsch-dänischen Grenzregion?
 - b) Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung bereits jetzt, um eine Förderung nach 2006 sicherzustellen für Projekte
 - aa) im Rahmen der Strukturhilfe,
 - bb) im Rahmen der Agrarhilfe,
 - cc) im Rahmen der Ostseekooperation?
 - dd) im Rahmen der deutsch-dänischen Grenzregion?
 - c) Welche Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung bis 2006 zu ergreifen, um die Förderung von Projekten sicherzustellen
 - aa) im Rahmen der Strukturhilfe,
 - bb) im Rahmen der Agrarhilfe,

- cc) im Rahmen der Ostseekooperation?
- dd) im Rahmen der deutsch-dänischen Grenzregion?
- d) Welche Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung bis 2006 zu ergreifen, um
 - aa) Schleswig-Holstein im Rahmen der Strukturhilfe,
 - bb) Schleswig-Holstein im Rahmen der Agrarhilfe,
 - cc) die Ostsee-Kooperation
 - dd) die deutsch-dänische Grenzregionnach 2006 von einer weiteren EU-Förderung unabhängig bzw. unabhängiger zu machen?

III. Innen- und rechtspolitische Auswirkungen der EU-Erweiterung

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen der EU-Erweiterung hinsichtlich der Entwicklung der Organisierten Kriminalität?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um Schleswig-Holstein auf diese Entwicklung vorzubereiten?
3. Gibt es Kooperationen mit den zuständigen Sicherheitsorganisationen
 - a) in Polen, Estland, Lettland oder Litauen
 - b) in Dänemark
 - c) in Russland

um einer Ausweitung der Organisierten Kriminalität im Rahmen der EU-Erweiterung entgegen zu wirken beziehungsweise sind derartige Kooperationen beabsichtigt?

4. In welcher Form und mit welchen Ergebnissen setzt die Landesregierung schleswig-holsteinische Anliegen in der europäischen Gesetzgebungsarbeit um?
5. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen bzw. beabsichtigt sie zu ergreifen, um die Verwaltung auf die EU-Erweiterung vorzubereiten?

IV. Wirtschaftliche Auswirkungen der EU-Erweiterung

1. Welche Auswirkungen wird die EU-Erweiterung auf das Verkehrsaufkommen in Schleswig-Holstein haben?
2. Welche verkehrspolitischen Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung zu ergreifen, um Schleswig-Holstein auf die EU-Erweiterung vorzubereiten?
3. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung dabei als verkehrspolitische Leitprojekte an im Bereich
 - a) des Straßenverkehrs,
 - b) der Schienen- und Wasserstraßen,
 - c) des Luftverkehrs?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung des Handels zwischen Schleswig-Holstein und den Beitrittskandidaten Polen, Estland, Lettland und Litauen im Rahmen der EU-Erweiterung?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung um diese Entwicklung positiv zu unterstützen?
6. Welche konkreten Projekte und Konzepte führt die Landesregierung durch, um die Zusammenarbeit schleswig-holsteinischer Unternehmen und Unternehmen aus Polen, Estland, Lettland und Litauen aufzubauen bzw. weiter zu entwickeln?
7. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Arbeit
 - a) der Industrie- und Handelskammern,
 - b) der Investitionsbank,
 - c) der Handwerkskammern,

- d) der Verbände
bei der Unterstützung der Unternehmen in Polen, Estland,
Lettland und Litauen zu?
8. Durch welche konkreten Projekte und Konzepte unterstützt die Landesregierung diese Arbeit der unter Frage 7 a – d genannten Organisationen?
 9. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit einer konkreten Zusammenarbeit schleswig-holsteinischer kleiner und mittlerer Unternehmen mit denen in Polen, Estland, Lettland und Litauen im Aufbau befindlichen Mittelstandes?
 10. Durch welche konkreten Projekte und Konzepte unterstützt die Landesregierung diese Arbeit der schleswig-holsteinischen kleinen und mittleren Unternehmen?
 11. Welche grundsätzlichen Regelungen sind der Landesregierung bekannt, um Beteiligungs- und Grunderwerb in Polen, Estland, Lettland und Litauen als deutsche Staatsbürger durchführen zu können?
 12. Eröffnet die EU-Erweiterung nach Ansicht der Landesregierung Chancen für das Urlaubsland Schleswig-Holstein, und welche gezielten Werbemaßnahmen sollen in dieser Hinsicht in den Beitrittsländern unternommen werden?

Peter Lehnert
und Fraktion